

Einladung

## **Die Geschäftspraktiken deutscher Unternehmen im Ausland – verantwortungslos Gewinne machen?**

**Über die Strategien des Widerstands von Betroffenen eines Staudamm-  
Projektes**

Am: Dienstag, den 1. Dezember 2015, um 19:00 Uhr

Im: Saalbau Gutleut

Rottweiler Straße 32, 60327 Frankfurt am Main

Deutsche Unternehmen agieren weltweit – häufig in Ländern, in denen rechtliche und soziale Standards deutlich unter denen liegen, die hierzulande gelten. Immer wieder erfahren wir von Fällen schlechter oder gar lebensgefährlicher Arbeitsbedingungen, von denen auch deutsche Unternehmen mindestens indirekt profitieren. Zudem beteiligen sich deutsche Firmen an großen Bauprojekten im Ausland, bei denen Menschen ausgebeutet und/oder vertrieben werden.

Die unsäglichen Arbeitsbedingungen, den unzureichenden Arbeitsschutz, nehmen wir in der Regel nur im Fall von Katastrophen zur Kenntnis, wie etwa 2013 beim Brand einer Textilfabrik in Bangladesch. In solchen Momenten reagiert die deutsche Bevölkerung betroffen. Von Vertreibungen in Folge von Minen- oder Infrastrukturprojekten erfährt die Öffentlichkeit in Deutschland hingegen kaum. Welche Konsequenzen müssten gezogen werden? Welche rechtliche und soziale Verantwortung tragen deutsche Unternehmen, wenn sie international agieren und dabei Rechte, die hier durchsetzbar sind, andernorts verletzen?

Diese Frage wird in der Veranstaltung exemplarisch am Fall des Merowe-Staudamms im nördlichen Sudan diskutiert. Dieses Projekt – gegenwärtig eines der größten Wasserkraftprojekte in Afrika – ist symptomatisch für die Folgen und Probleme großer Infrastrukturprojekte: Nachdem 2002 die ersten Bauverträge unterzeichnet worden waren, handelte die sudanische Regierung bis zur Inbetriebnahme der ersten Turbinen des Wasserkraftwerkes im Jahr 2009 keine Umsiedlungspläne mit den vom Großprojekt betroffenen Bevölkerungsgruppen aus. Vielmehr wurden die Menschen in den Dörfern und Siedlungen rund um den Stausee im Laufe des Baus buchstäblich aus ihren Dörfern geflutet. Rund 4.700 Familien verloren durch die Wassermassen nicht nur ihr Obdach, ihnen wurden die traditionellen Lebensräume und -grundlagen entzogen: Häuser und Ernten wurden ebenso vernichtet wie Nutztiere und sonstiges Hab und Gut.

Aber die von dem Staudamm-Projekt betroffene Bevölkerung nimmt diese Verletzung ihrer sozialen und wirtschaftlichen Menschenrechte nicht hin. Die Bewohner der Manasir-Region wollen sowohl die sudanesishe Regierung als auch das deutsche Partnerunternehmen vor Gericht zur Verantwortung ziehen. Welche Chancen haben sie, ihre Rechte durchzusetzen?

Eine Veranstaltungsreihe der SPD-Landtagsabgeordneten Andrea Ypsilanti.

Mit zwei Vertretern der Betroffenen aus dem Sudan wollen wir diskutieren, warum der Fall des Merowe-Damms auch die deutsche Öffentlichkeit interessieren sollte und wie internationaler Widerstand organisiert werden kann.

Miriam Saage-Maaß vom European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR), das die Betroffenen rechtlich unterstützt, wird am konkreten Fall die Fragen beleuchten, welche rechtlichen Grundlagen in Deutschland und international gelten, und welche Verantwortung deutsche Unternehmen für ihr Wirken im Ausland tragen.

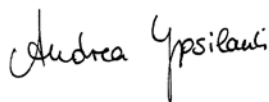
## Ablauf

- 19:00 bis 19:20 Uhr Begrüßung durch **Andrea Ypsilanti** (Mitglied des Hessischen Landtags)  
Thematische Einführung durch **Thomas Seibert** (medico international, Frankfurt/Main): Was liegt jenseits der Hilfe – Beyond Aid?
- 19:20 bis 20:20 Uhr **Film-Clip von Valerie Hänsch** (Ethnologin und Filmemacherin, Universität Bayreuth): Auswirkungen der zwangsweisen Vertreibung durch den Merowe-Staudamm auf die Bevölkerung  
**Ali Askouri / Kahalifa Nourelhadi** (Vertreter der Betroffenen des Merowe-Staudammprojekts, Manasir-Region, Sudan): Der Merowe-Staudamm – eine Geschichte von Willkür und Widerstand  
**Miriam Saage-Maaß** (European Center for Constitutional and Human Rights, Berlin): Welche Verantwortung tragen die deutschen Unternehmen?
- 20:20 bis 21:00 Uhr Diskussion: Was ist von der deutschen Politik und der deutsche Justiz zu fordern? Was kann die deutsche Bevölkerung tun?

*Moderation: Andrea Jung (Entwicklungspolitisches Netzwerk Hessen) – angefragt*

Gern können Sie diese Einladung weiterverbreiten und weitere interessierte Gäste zu der Veranstaltung mitbringen. Ich freue mich auf Ihr Kommen.

Mit freundlichen Grüßen



Frankfurt am Main im November 2015

In Kooperation mit:

**EUROPEAN CENTER FOR  
CONSTITUTIONAL AND  
HUMAN RIGHTS**



Eine Veranstaltungsreihe der SPD-Landtagsabgeordneten Andrea Ypsilanti.

Andrea Ypsilanti, MdL  
Fischerfeldstraße 7-11  
60311 Frankfurt am Main

wahlkreisbuero@andrea-ypsilanti.de  
Tel.: +49 69 299 888 460  
Fax: +49 69 299 888 238